„Wir sind widerstandsfähiger als wir annehmen“

Tim Stuchtey vom Brandenburgischen Institut für Gesellschaft und Sicherheit (Bigs) über bedrohliche Cyberangriffe, die Ökonomie der Sicherheit und die Zukunft des Instituts ohne Landesförderung

Die Vermessung der Sicherheit. *Im hessischen Justizministerium werden sogenannte Bot-Netzwerke in Europa visualisiert, über die kriminelle Aktivitäten im Internet ausgeführt werden können.* Foto: dpa

Herr Stuchtey, das Land Brandenburg ist zum Jahresbeginn 2015 aus der Finanzierung des Brandenburgischen Instituts für Gesellschaft und Sicherheit – kurz Bigs – ausgestiegen. Wie geht es nun weiter?

Das Bigs ist mittlerweile so gut etabliert, dass wir eine Drittmittelbasis haben, die es uns erlaubt, das wegzustecken. Ohne einige Anpassungsschmerzen ging das allerdings nicht – natürlich ist es für uns schade, dass das Land ausgestiegen ist, aber es entlastet auch von einer Menge bürokratischem Aufwand.

Von der Uni Potsdam kommt kein Geld?

So ist es. Das war auch nie vorgesehen. Die Universität ist über die Transfergesellschaft – genau gesagt ist das die UP Transfer GmbH an der Universität Potsdam – zwar Hauptgesellschafterin des Instituts, aber es fließen keine Mittel. Es war von Anfang an so geplant, dass die institutionelle Verbindung über die Universität kommt, die finanzielle über das Land. Von der Hochschule kommt vielmehr unsere Unabhängigkeit, der positive Druck zu wissenschaftlicher Solidität.

Foto: Bigs

Tim Stuchtey (47) hat in Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik promoviert. Er ist geschäftsführender Direktor des Brandenburgischen Institut für Gesellschaft und Sicherheit (Bigs).

Ihr Geschäft ist die Sicherheit.

Wir haben uns etabliert im Bereich Ökonomie der Sicherheit – das Denken über das Thema Sicherheit aus einer wirtschaftswissenschaftlichen Perspektive heraus. Hier besetzen wir eine attraktive Nische, in der sich zumindest in Deutschland nicht viel tut. Wir wollen die Verbindung zwischen der Sicherheitswirtschaft einerseits und der öffentlichen Sicherheit andererseits untersuchen. Das machen wir in mehreren Projekten. Am bekanntesten davon ist sicherlich mittlerweile unsere jährliche „Vermessung der Sicherheitswirtschaft“ – so etwas wie ein Branchenbericht der Sicherheitswirtschaft. Darin geht es um Fragen, wie der Bereich gewachsen ist, welche Trends es gibt und was die Wachstumstreiber waren. Das andere ist eine stärker inhaltliche Arbeit. Wenn es um Cybersicherheit geht, ist klar, dass mehr für den Schutz getan werden muss. Doch wenn es immer heißt, dass es zwar keine 100-prozentige Sicherheit geben kann, aber wenigstens eine besonders hohe Sicherheit erreicht werden müsste, dann würde ich dem aus ökonomischer Perspektive widersprechen.

„Eine Dönerbude zum Beispiel muss sich nicht vor Cyberangriffen schützen“

Was meinen Sie?

Rational kann man überhaupt keine vollständige Sicherheit wollen, weil diese mit Schutzmaßnahmen verbunden ist, die viel Geld kosten. Eine Dönerbude beispielsweise muss sich nicht vor Cyberangriffen hochgerüsteter Nachrichtendienste schützen. Das kann sie finanziell nicht und sie muss es auch nicht.

Aber die Wasser- und Energiewirtschaft muss ihre Systeme schützen.

Die müssen sich nicht nur schützen, sondern sich auch fragen, ob sie kritische Bereiche tatsächlich an das allgemeine Internet hängen und digital steuern wollen. In einem Wasserwerk ist es vielleicht nicht verkehrt, ein ordentliches Ventil mit einem Rad dran zu behalten, mit dem man im Zweifelsfall von Hand Kreisläufe regeln kann. In jedem Fall bleibt bei allen Schutzmöglichkeiten im digitalen Bereich ein Restrisiko. Hier fragen wir uns, warum dieses nicht so einfach versicherbar ist, wie das Einbruchrisiko.

Inwiefern?

Warum gibt es hier keine standardisierten Versicherungen und was hindert den Markt daran, dazu Lösungen anzubieten. Das ist ein großes, vom Bundesforschungsministerium gefördertes Forschungsprojekt, an dem wir derzeit mit einigen Partnern arbeiten. In einem anderen Projekt geht es um kulturelle Abhängigkeiten des Handelns von Sicherheitskräften wie Feuerwehrleuten.

Sicherheit und kulturelle Aspekte? Das müssen Sie genauer erklären!

Wir führen Untersuchungen mit freiwilligen und Berufsfeuerwehrleuten aus Berlin und Indien durch. Sehr vereinfacht gesagt gehen wir der Frage nach, ob sie in ihrem Handeln dadurch dominiert sind, dass sie Feuerwehrmann sind, oder dass sie Inder oder Deutscher sind. Die Frage ist, was ihr Verhalten und die Art und Weise ihres Vorgehens prägt. Neben solchen klassischen Forschungsprojekten kommt noch etwas gewerbliche Forschung hinzu sowie Lehre und zahlreiche Veranstaltungen.

Das Bigs war vor einigen Jahren in die Kritik von Studierendenvertretern geraten, weil Betriebe der Verteidigungswirtschaft zu ihren Gesellschaftern gehören. Es hieß, das Institut betreibe Militärforschung. Ihr Gegenargument?

Diese Unternehmen haben sich ja gerade am Bigs beteiligt, weil sie mehr über den Markt der zivilen und eben nicht der militärischen Sicherheit wissen wollen und hier einen öffentlichen Forschungs- und Analysebedarf gesehen haben. Es gibt sicherlich bessere Institute, die tiefergehendes Wissen über militärische Fragen haben. Wir machen zivile Sicherheit – was im Übrigen ein sehr viel stärker wachsender Markt ist als der militärische Bereich.

Ein Beispiel, bitte.

Die IT-Sicherheitswirtschaft und der Cyberschutz von kritischen Infrastrukturen sind ein Markt, der sicherlich deutlich stärker wächst als das Bruttoinlandsprodukt. Das kann man von dem Verteidigungsmarkt in Deutschland und Europa nicht gerade behaupten.

Müssen die Soldaten von morgen programmieren können?

Nicht unbedingt. Aber sie werden auch mit Instrumenten und Werkzeugen ausgestattet werden, die nicht ursächlich fürs Militär entwickelt wurden, sondern aus einem zivilen Bereich kommen, aber dann für eine militärische Nutzung adaptiert werden. Das sind dann Dinge, die im Wesentlichen erst einmal für den zivilen Massenmarkt entwickelt werden, der wegen seiner Größe für IT-Unternehmen viel interessanter ist als der militärische. Außerdem ist er viel schnelllebiger.

Worum handelt es sich dabei beispielsweise?

Am plastischsten sind vielleicht die Handheld-Computer. Die heute viele zu Hause oder am Arbeitsplatz nutzen. Aber auch Soldaten bekommen sie in einer gehärteten Fassung, um noch im Einsatz aktualisierte Informationen und Kartenmaterial zugespielt zu bekommen.

Sie haben sich auch mit der Frage der Drohnen beschäftigt. Mit welchem Ergebnis?

Der Markt für den zivilen Einsatz von Drohnen wächst stark, insbesondere im Bereich geringerer Traglasten. Wachstumshemmend ist die mangelnde Regulierung zur Integration autonom oder teil-autonom fliegender Luftfahrzeuge in dem regulierten Luftraum.

Es heißt immer wieder, Deutschland sei für einen großen Cyberangriff nicht gewappnet – Politik und Gesellschaft würden bei solch einem Ereignis schnell zusammenbrechen. Teilen Sie diese Sorge?

In Bezug auf die Bedrohung Deutschlands durch Cyberangriffe mit Sicherheit. Aber den Defätismus, der aus solchen Warnungen spricht, teile ich nicht. Ich glaube, unsere Gesellschaft ist wesentlich widerstandsfähiger als wir das manchmal annehmen. Wir werden bei einem Strom-Blackout sicherlich nicht in wenigen Stunden übereinander herfallen. Das würde, ohne Ordnung und Hilfsperspektive, schon einige Tage dauern, bis die Zivilisation beginnt sich aufzulösen. Insgesamt darf man aber auch die Hilfsbereitschaft der Mitmenschen nicht unterschätzen.

Es müssten natürlich die Staatlichen Institutionen dazu richtig aufgestellt sein – und das sind sie bis dato doch noch nicht.

Die Konsequenz ist erst einmal eine andere. Wenn der Strom ausfällt, ist zuallererst die Frage, wie weitläufig der Stromausfall ist. Dann, ob Strom von befreundeten Staaten importiert werden kann. Der Strom muss auch nicht wegen eines mutwilligen Cyberangriffs ausfallen, Fehler bei der Energiewende können das gleiche Ergebnis bewirken. Für so ein Ereignis können wir ganz konventionell vorgehen, dafür gibt es dann zum Beispiel das Technische Hilfswerk, das zumindest bestimmte Bereiche mit Notstrom versorgen kann, Krankenhäuser und andere kritische Infrastrukturen haben ja auch selbst Notstromaggregate. Für solche Ereignisse sind wir vorbereitet. Auch eine Region wie Berlin-Potsdam dürfte eine gewisse Durchhaltefähigkeit haben, selbst wenn sie ein paar Tage ohne Strom ist. Aber das ist natürlich endlich. Und wenn keine Hilfe kommt, landen wir am Ende tatsächlich in einem wie auch immer gearteten Chaos.

Ist das Bigs auch in Brandenburger Sicherheitsfragen involviert?

„Wir untersuchen auch die kulturellen Abhängigkeiten von Feuerwehrleuten“

Nicht besonders. Ich sage immer halbernst, das Massachusetts Institute of Technology – das berühmte MIT – arbeitet auch nicht für Massachusetts, sondern weltweit. Unsere Forschung ist nicht regionalspezifisch. Natürlich arbeiten wir aber auch mit Unternehmen und Institutionen aus der Region zusammen. Aber wir untersuchen nicht die Cybersicherheit der kritischen Infrastrukturen in Brandenburg. Bei unseren Unternehmenskontakten ist die Region Berlin-Brandenburg aber schon überrepräsentiert.

Sie können aber auch nicht alles öffentlich sagen?

Es gibt einen Unterschied zwischen der öffentlich geförderten Forschung, die 80 Prozent unserer Arbeit ausmacht – dazu werden alle wesentlichen Ergebnisse publiziert. Wir können fast alles erzählen. Immer nur dann, wenn es sich um gewerbliche Auftragsforschung handelt, müssen wir den Wunsch des Auftraggebers respektieren. Bei gewerblicher Forschung gehört das Ergebnis dem Auftraggeber, der dann über die Veröffentlichung oder Teilveröffentlichung entscheidet.

Ein Teil Ihrer Antwort würde die Öffentlichkeit sicher verunsichern?

Nein, wohl kaum (lacht). Es heißt zwar gewerbliche Forschung, aber die meisten unserer Aufträge stammen von Ministerien. Also auch Analysen mit Steuergeldern, nur dass uns dabei das Thema der Studie vorgegeben wird und das Ergebnis beim jeweiligen Auftraggeber landet.

— Das Gespräch führte Jan Kixmüller

HINTERGRUND

Unabhängigkeit, Rüstung und ein Anschlag

Das **Brandenburgische Institut für Gesellschaft und Sicherheit** (Bigs) ist ein unabhängiges, überparteiliches und nicht-gewinnorientiertes Institut. Die **Universität Potsdam** ist über ihre Transfergesellschaft Hauptgesellschafterin. Zum Zeitpunkt der Instituts-Gründung 2010 gab es in Deutschland kein Forschungsinstitut, das die multi- und interdisziplinären Anforderungen an **Sicherheitsforschung** und gesellschaftspolitischer Reflexion erfüllte. Mit der Gründung des Bigs sollte diese Lücke geschlossen werden. 2013 musste sich das Institut dem **Vorwurf der mangelnden Unabhängigkeit** gegenüber der Industrie stellen. Eine vom Bigs erstellte Studie über den Einsatz bisher nur vom **Militär genutzter Drohnen** im zivilen Luftverkehr im Auftrag des Luftfahrt- und Rüstungskonzerns **Eads** soll den Bundestag beeinflusst haben, so der Tenor eines **ZDF-Beitrags**. Bigs-Geschäftsführer Stuchtey bekräftigte hingegen, dass die Ergebnisse völlig unabhängig erarbeitet wurden. 2014 wurde auf das Bigs **ein Anschlag** verübt, durch ein Fenster des Instituts wurde eine Flasche mit unbekannter Substanz geworfen. Die **Beteiligung von rüstungsnahen Unternehmen** am Bigs war zuvor wiederholt von Studierenden kritisiert worden. *Kix*

IT-Fakultät: Studenten wollen mitreden

Plattner-Institut an der Universität expandiert

Für die Pläne zur Erweiterung des Hasso-Plattner-Instituts (HPI) an der Universität Potsdam ist eine Arbeitsgruppe „Digital Engineering“ gebildet worden. Sie soll bis zum Ende der Sommerpause Vorschläge ausarbeiten, wie das expandierte Institut für Softwaresystemtechnik am besten in die Universitätsstruktur eingebunden werden könnte. Das erklärte der Präsident der Universität, Oliver Günther, auf der letzten Senatssitzung der Uni vor der Sommerpause.

Im Fokus der Arbeitsgruppe stünden juristische Fragen zur Ausgestaltung des neuen Konstrukts. Im Raum steht die Idee einer Fakultät, ob es sich dabei um eine eigenständige Einrichtung, damit dann die sechste Fakultät der Uni, oder um eine gemeinsame Fakultät mit einem außeruniversitären Institut handeln könnte, wird nun geprüft. Ein solches Vorhaben sei ohne Vorbild in Deutschland, betonte Günther. „Es soll etwas ganz Einzigartiges und ganz Neues entstehen“, sagte der Uni-Präsident. Nach den Worten des Vizepräsidents für Forschung und wissenschaftlichen Nachwuchs, Robert Seckler, ermöglicht das Landeshochschulgesetz, eine Fakultät auch zwischen zwei Einrichtungen zu errichten.

Vorangegangen war die Ankündigung von HPI-Stifter Hasso Plattner, noch in diesem Jahr einen Fahrplan für die angedachte Erweiterung des Instituts zu erhalten. Der Software-Milliardär Plattner will das von ihm gestiftete und mit über 200 Millionen Euro finanzierte Hasso-Plattner-Institut für Softwaresystemtechnik zu einem universitären Exzellenzcenter im Bereich des Digital Engineering ausbauen. Der Alternative einer Privatuniversität hatte der 72-jährige Mitgründer des Software-Riesen SAP indes eine Absage erteilt. „Das steht für mich nicht zur Diskussion.“

Foto: Manfred Thomas

Oliver Günther

Ziel von Plattner ist der Status einer eigenständigen Fakultät für „Digital Engineering“. Uni-Präsident Günther hatte dazu gesagt, dass die Universität offen für neuen Pläne sei. „Wir sind grundsätzlich flexibel“, so Günther gegenüber den PNN. Hasso Plattner hofft, noch in diesem Jahr die stiftungstechnischen Fragen zur institutionellen Einbindung des HPI in die Universität Potsdam als eigenständige Fakultät geklärt zu bekommen. Er hatte angekündigt, die Finanzierung des HPI über die Hasso-Plattner-Stiftung dauerhaft sicherzustellen. Eine weitere wichtige Frage für das Vorhaben ist die Bauplanung am Griebnitzsee, wo zwischen den Hochschul- und HPI-Bauten nicht mehr allzu viel Platz ist.

In Zukunft sollen sich Wissenschaftler und Studierende des HPI laut Plattner nicht nur wie bisher mit dem IT-Systems Engineering befassen, sondern verstärkt auch sogenanntes Domänenwissen aufbauen. Für IT-Vorhaben im Medizinbereich müsse beispielsweise auch medizinisches Wissen erlernt werden.

Die studentische Vertreterin im Uni-Senat, Gesine Dannenberg, forderte indes ein Mitspracherecht zu der Fakultäts-Frage ein. Die Studierendenvertreter wollen über Auswirkungen in Forschung und Lehre mit diskutieren. Was Uni-Präsident Oliver Günther generell auch nicht ausschließen wollte. Das Präsidium wolle nun erst einmal die möglichen Modelle der Kooperationsform miteinander abwägen. Ziel sei es, das HPI in jedem Fall an der Uni zu halten. Die dortige Forschungskompetenz sei eine große Bereicherung für die Hochschule. Es wäre ein extremer Verlust, wenn sich das HPI aus der Uni ausklinken würde, so Günther. Von einer gemeinsamen Expansion hingegen verspricht er sich eine „extreme Strahlkraft“. Die Hochschule strebe dafür „natürlich eine Win-win-Situation“ für beide Seiten an. Kritikpunkte an dem Vorhaben könnten von Studierenden gerne eingebracht werden. Die Planungsgruppe sei kein „closed shop“, so Günther. Jan Kixmüller

Studie: Höhere Schäden durch Hochwasser

Die durch den Klimawandel verursachten Hochwasserschäden in Deutschland könnten künftig deutlich höher ausfallen als bislang angenommen. Das teilte das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) am Dienstag mit. Den Berechnungen zufolge könnten sich die Schäden bis Ende des Jahrhunderts auf fast 2,5 Milliarden Euro jährlich belaufen. Die Wissenschaftler hatten für ihre Berechnungen 5500 Abschnitte von Rhein, Donau, Elbe, Weser und Ems unter die Lupe genommen. Derzeit liegt die jährliche Schadenssumme bei etwa 500 Millionen Euro. Bei einer ähnlichen Untersuchung aus dem Jahr 2014 kamen die Forscher noch auf jährlich bis zu 1,5 Milliarden Euro Schaden am Ende des Jahrhunderts. Sie schraubten ihre Prognose nun deutlich nach oben. Die neue Analyse ist im Fachjournal „Natural Hazards and Earth System Sciences“ erschienen. *PNN/dpa*

Geschichten aus der Geschichte

Historisches Quartett bespricht am Zentrum für Zeithistorische Forschung Neuerscheinungen

Warum Bücher von Historikern eigentlich immer so langweilig sind, fragte Annette Schuhmann vom Portal Zeitgeschichte Online des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF) selbstkritisch. Historiker recherchieren Quellen, versuchen aus Bruchstücken ein transparentes Bild zu entwerfen, das sich möglichst genau am nachweisbaren Zeitgeschehen orientiert. So richtig spannend ist das häufig aber nicht. Dass Geschichte auch anders erzählt werden kann, zeigen die Bücher, die vom Historischen Quartett am ZZF nun vorgestellt wurden. Zeithistorie spielte dabei eine gewichtige Rolle, aber es ging um Prosa von Historikern, nicht um Wissenschaft.

Die Zusammenfassung von Friedrich Christian Delius Buch „Die Liebesgeschichtenerzählerin“, an der sich der Historiker Jan Bauer versuchte, schien nicht ganz so einfach. Eine verwickelte Familiengeschichte, die sich über mehrere Generationen hinzieht. Jeder ist anscheinend mit jedem irgendwie verknüpft. So recht durchgängig sei die Erzählung nicht. Einzelne Absätze und Handlungsstränge brächen abrupt ab, was die Lektüre nicht gerade erleichtere, so Bauer. Zudem werde nicht einfach nur eine Geschichte erzählt. Thema sei die Reflexion über die Möglichkeiten des Erzählens. Dennoch kommt Anke te Heesen zu dem Schluss: „Es ist ein großartiges Buch über deutsche und preußische Gesichte, von einem unglaublich eloquenten Autor mit großer erzählerischer Dichte geschrieben.“

Den Gegenpol zu dem sehr persönlichen Buch von Delius bildet der amerikanische Anthropologe David Graeber mit seinem Buch: „Bürokratie“. Eigentlich sei Graeber ein Anarchist, der seine kantige Meinung gerne lautstark vortrage, so die Historikerin Anke te Heesen. Die subjektive Wucht der Argumentation mache das Buch interessant. Graeber, der an der London School of Economics lehrt, habe im New Yorker Alltag genau beobachtet, in welchen bürokratischen Wirrungen sich der moderne Mensch verfange. Das sei anschaulich und gelegentlich detailverliebt. Als die Mutter des Autors stirbt, erkennt Graeber, dass es mit der Organisation des Begräbnisses nicht getan ist. Ein ganzer Rattenschwanz von Bürokratie folgt dem Ableben. Dieses Beispiel aus dem ganz kleinen privaten Bereich lasse sich auch auf den globalen Maßstab übertragen, folgert Graeber. „So ein Buch darf man nicht kaufen. Mit dem Autor würde ich nicht einmal einen Schluck Wasser trinken“, empört sich Martin Bauer. Unglaublich schlecht sei die Übersetzung aus dem Englischen. Über eine Zeichnung von holzschnittartigen Strukturen komme der Autor nicht hinaus. So könne die gegenwärtige Zeitgeschichte nicht erfasst werden.

Dem Autor Simon Hall gelingt das anscheinend besser. Das Jahr 1956 beleuchtet er aus verschiedenen Perspektiven und legt seinen Erzählstrang über den ganzen Globus. Es war das Jahr des Ungarnaufstandes, der Suezkrise. Viele Völker rebellierten: in Ungarn, in Kuba, in den USA, wo Schwarze ihre Rechte artikulierten. Da habe es eine Verbindung gegeben, die Protestierenden hätten solidarisch für mehr Freiheit und Gleichheit gekämpft, so Hall. Das Ganze sei zwar spannend erzählt, wie ein YouTube-Clip mit Cliffhanger. Aber die Beschränkung der Recherche des Autors fast ausschließlich auf Zeitungsquellen sei dann doch ein wenig problematisch, findet der Historiker Jan-Holger Kirsch.

Auch Durs Grünbein erzählt von der Geschichte. Er verwebt seine Kindheit mit dem Zeitgeschehen in Hellerau. Den untergegangenen Realsozialismus hat er als Gefängnis empfunden. Ob der Roman wirklich das passende Format für den Poeten Grünbein ist, da sind sich die Diskutanten nicht ganz einig. „Ein Buch voll von Belehrungen, man hört den abgespreizten Finger“, so Schuhmann. R. Rabensaat

NACHRICHTEN

Judentum in den USA

Das „Judentum in den USA“ und dessen transnationale Beziehungen mit Europa und Israel ist Thema einer internationalen Konferenz vom 20. bis 22. Juli in Potsdam und Berlin. Initiatoren sind die School of Jewish Theology an der Uni Potsdam und das Zentrum Jüdische Studien Berlin-Brandenburg.

Neue Professorin für Restaurierung

Wissenschaftsministerin Martina Münch hat am Dienstag Jeannine Meinhardt zur Professorin für Konservierung und Restaurierung – Stein an der FH Potsdam ernannt. Meinhardt kommt vom Institut für Diagnostik und Konservierung an Denkmalen in Halle. *PNN*